

### Antifaschistische Aktion gegen imperialistischen Krieg

Zur Tagung des Internationalen Kampfbundes in Amsterdam  
Die Tagung in Amsterdam ist ein Auftakt zur größten internationalen Massenmobilisierung der Arbeiter und Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg. Wir hoffen es für richtig, daß die einberufenden Komitees dem Kongreß zunächst keine weitestgehenden Ziele gegeben haben als die Aufmerksamkeit der breitesten Volksmassen auf die Gefahr der imperialistischen Kriege einzubringen, die Kampfnotwendigkeit und die Kampfmaßnahmen gegen die imperialistische Kriegspolitik aufzuzeigen und schließlich die Kampfverbündel in internationaler Solidarität mit ganzer Macht und Größe zu demonstrieren.

Aber unsere Sache ist die Bewegung zu fördern und weiterzudringen und führen zu helfen.

In Genf auf der Abrüstungskonferenz tagten monatelang die Vertreter der imperialistischen Mächte, um gegenüber den klaren Vorschlägen der Sowjetmacht auf wirkliche Abrüstung die Durchführung der imperialistischen Kriege und Kollisionspolitik aller imperialistischen Mächte gegeneinander, gegen die unterdrückten und abhängigen Völker und vor allem gegen die Sowjetmacht zu sichern. Der Antikriegskongreß demonstriert den geschlossenen Kampfwillen des arbeitenden Volkes in allen Ländern gegen diese Politik der imperialistischen Kriegstreiber.

Je näher der Termin des Kongresses herangerückt ist, um so stärker ist der Widerstand aus dem Lager der Arbeiter geworden. Der größte Teil der Arbeiterdelegationen ist erst in den letzten Wochen zustande gekommen. Die Arbeiterdelegationen zu werden dem Kongreß das Geptage geben. Sie werden die Hegemonie des Proletariats gerade auch politisch durchzusetzen haben. Die Einberufer des Kongresses, mit den bekannten französischen Diktatoren Henri Barbusse und Komains Holland an der Spitze, haben die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg bereiteten Kräfte unter Voranstellung der Arbeiterklasse und ihres Kampfes mit aller Deutlichkeit bekundet. Die Vorbereitung und Unterstützung dieses Kongresses von Seiten des arbeitenden Volkes in Deutschland ist dabei zweifellos im Widerspruch zu der großen Bedeutung gerade Deutschlands in der jetzigen Lage ungenügend gewesen. Einen um so stärkeren Widerstand muß der Kongreß in Deutschland vor allem in den Betrieben und Gewerkschaften zur Förderung und Steigerung der antifaschistischen Aktion finden.

Die deutschen Arbeiter aus den Rüstungsbetrieben, aus der Schwerindustrie und Großchemie, die Arbeiterfrauen und Jungarbeiter, die Vertreter der Kriegspolier und anderer Organisationen des Kampfes gegen den imperialistischen Kriegsmahnschlupf Verbindungen mit den Vertretern der Werktätigen und ihrer antifaschistischen und antifaschistischen Organisationen. Diese Verbindungen müssen befestigt und ausgebaut werden auf der Grundlage der Einsetzung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik und für den Kampf um die nationale und soziale Befreiung des deutschen werktätigen Volkes in enger Verbündelheit mit den gewaltigsten Klassenkämpfen in den anderen Ländern.

Da sind die Arbeiter aus Belgien, aus Polen, aus der Tschechoslowakei, aus Rumänien, aus den baltischen Staaten, aus Jugoslawien, aus Italien, aus Spanien; sie alle übermitteln die Erfahrungen ihrer Kämpfe. Alle aber richten auch die Mahnung an die Vertreter aus Deutschland: einer Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen den drammatischen Weltterror, gegen die Durchführung des faschistischen Wirtschaftsprogramms mit Beilegung der Erde und der Sozialverfälschung, Entfremdung der Löhne und Unterstützung. Durchführung der Arbeitdienstpflicht müssen zur dreifachen und höchsten Massenbewegung aller antifaschistischen und antifaschistischen Kräfte gesteigert werden — gerade im Hinblick auf die gesteigerte Gefahr des imperialistischen Krieges!

Die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland bedeutet unmittelbar weitestgehende Verschärfung der Kriegsgefahr: Die Zerstörung der Arbeiterbewegung, vollständige Beilegung der noch bestehenden kümmerlichen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse geben den Weg frei, Deutschland zum Aufmarschgebiet zur Vernichtung und Rüstungskammer für den Krieg gegen die Sowjetunion zu machen. Die Streikfähigkeit in Polen, in der Tschechoslowakei, ebenso wie die gewaltige Bewegung des Volkswiderstandes in China und die entscheidende revolutionäre antimilitaristische Arbeit in Japan — sie vermehren bisher die Durchführung der Kriegspläne der Imperialisten zu hemmen. Die Zurückschlagung des Angriffs des Hitlerfaschismus durch die antifaschistische Aktion, die wachsende Kampfbereitschaft der deutschen Arbeiter gegen Völkerverrat, gegen die Einseitigkeit der Gewerkschaften in die faschistische Politik — das sind auch äußerst wichtige Faktoren gegen die imperialistische Kriegspolitik der deutschen wie der internationalen Bourgeoisie!

Es kommt um so mehr darauf an, die antifaschistische Aktion bemüht zur Aktion gegen imperialistischen Krieg zu steigern, als nicht nur die offenen faschistischen Organisationen die Kriegspolitik und Militarisation — der Stahlhelmzug in Berlin ist eine große militärische faschistische Demonstration — mit Arbeitsdienstpflicht und Fortsetzung auf Russland und Umbau der Reichswehr, Zusammenarbeit zwischen den faschistischen Wehrverbänden und Reichswehr immer stärker proklamieren, sondern auch die sozialfaschistischen Führer mit immer größerer Freigabe und mit verbrecherischen Methoden lindernde, gleichwohl die wachsende Front gegen Faschismus, Hunger und imperialistischen Krieg zu schwächen versuchen.

Die Führer der II. Internationale sind in Genf beim "Völkerbund" wie auf der Abrüstungskonferenz die entscheidendsten Vertreter der Interessen ihrer Imperialisten — der Kampfkonzepte in Amsterdam also hat es ihnen angetan: sie haben alles mobil gemacht, um die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen unteren Organisationen wie alle Mitglieder von der Beteiligung fernzuhalten. Die Politik der Regierungen könnte gestört werden.

In Deutschland aber verhandeln die Führer der reformistischen Gewerkschaften mit der faschistischen Regierung. Sie betreiben sich an den Beratungen über die Durchführung der faschistischen Maßnahmen gegen das arbeitende Volk und keine Organisationen, sie treten aktiv gegen Streik- und Massenaktionen auf, sie suchen den Arbeiterkampf und die rote Einheitsfront zu lähmen. Diese dieser Führer bereiten sich zum offenen Überdrehen ins Hakenkreuzlager vor.

Wir haben in Deutschland vor entscheidenden Kämpfen. Die Vertreter der kämpfenden Arbeiter in anderen Ländern — die Tatsache des gewaltigen Aufstiegs des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion — werden in Verbindung mit den Jüngern des Krieges der antifaschistischen Aktion einen neuen Aufbruch nach vorn geben. Von den Betrieben, Gewerkschaften und Streikfronten aus wird der Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm, gegen die faschistische imperialistische Wehr- und Kriegspolitik, gegen die faschistische Welt- und Terrorpolitik massenhaft durchgeführt werden. Gegen Versailles, für nationale und soziale Befreiung!

So begrüßen wir die Delegierten des Kongresses! So werden wir dazu helfen, den Kampfwillen des Proletariats und der Werktätigen gegen neuen imperialistischen Krieg zum Siege zu führen!

## Kritik am Zuchthausurteil verboten!

### „Rote Fahne“ wieder auf eine Woche unterdrückt. Freilassung der verurteilten Berliner Jungarbeiter gefordert

Der Berliner Polizeipräsident hat gestern die Rote Fahne bis 2. September verboten. Das Verbot wird begründet mit der Kritik der Rote Fahne an dem Urteil des Berliner Sondergerichts, das einen Antifaschisten zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilte.

Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat einen Antrag eingebracht, der die sofortige Freilassung des zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten Jungarbeiters fordert. Es liegen bereits zahlreiche Proteste Berliner Betriebsobrigkeiten gegen das Zuchthausurteil vor.

### Erwerbslosenzeitung unterdrückt

Das Reichsorgan der Erwerbslosen, „Der Arbeitlose“, wurde für die Dauer bis zum 31. Oktober in den Bezirken Berlin, Potsdam, Halle, Ostpreußen, Mecklenburg, Magdeburg und Danzig verboten. Unter Androhung eines weiteren Verbotes wurde die Veröffentlichung der Verbotsbegründung unterlagert.

Die Zeitschrift „Rote Gewerkschafts-Internationale“ wurde auf Grund der Verordnungen gegen politische Ausschreitungen sogar bis zum 19. November verboten, ebenfalls mit dem Zusatz, daß die Verbotsbegründung nicht veröffentlicht werden darf.

### „FAS-Funktionär“ verboten

Der Berliner Polizeipräsident Dr. Weichert hat die monatlich erscheinende Funktionärzeitung „Der FAS-Funktionär“ auf

Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik und des § 8 Abs. 1 Ziff. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juli 1932 auf die Dauer von 3 Monaten bis zum November 1932 verboten. Am Schluß der Verbotsbegründung heißt es:

„Eine Veröffentlichung der Verbotsgründe würde zu einem erneuten Verbot der Zeitschrift führen.“

### Oberreichsanwalt fordert Verhaftung Ernst Thälmanns

Im Geschäftsordnungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft fand ein Antrag des Oberreichsanwalts zur Debatte, der die Genehmigung für die Verhaftung des Genossen Ernst Thälmann fordert. Nach dem scharfen Protest der kommunistischen Vertreter beschloß der Ausschuß einstimmig, diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag des Oberreichsanwalts ist kennzeichnend für den Fall, mit dem die herrschende Klasse den Führer der kommunistischen Partei und des gesamten revolutionären Proletariats verfolgt. Er muß den flammenden Protest aller Werktätigen hervorrufen.

## Blutgierige Pressenetze der Faschisten

### „Grenzkampf zwischen germanischen Edelmännern und polnischen Untermännern“

In dem Organ der Hamburger Hefenbude, das auch Bismarcks Weidwacht war, den „Hamburger Nachrichten“, hat Schwann auf weiß folgende Sage über den grausamen in Preußen abgeurteilten Mord an dem Arbeiter Konrad Viechach zu lesen:

„Wir sind stets gegen alle Gewalttaten aufgetreten, aber was in Preußen abgeurteilt wurde, war ja keine Gewalttat gegen einen deutschen Volksgenossen, sondern die Beilegung eines polnischen Kolonialen, der zudem noch Kommunist war. Also ein weißer Mann, ein Mensch, der das Recht, auf deutschem Boden zu leben, längst verlernt hatte... Hat man denn um Gotteswillen in deutschen Richterkreisen immer noch nicht begriffen, daß es sich im Osten um den Grenzkampf zwischen germanischen Edelmännern und polnischen Untermännern, den Volkstempel des deutschen Volkes handelt?“

Das ist eine unangehörige Aufzählung zur Wiederholung solcher Vorboten, wie sie an dem Genossen Viechach bezeugen wurde. Es sind ja nur „Untermännern“, die da ermorde werden. Proletarier, die unten sind, weil oben kapitalistische Herren den Platz an der Sonne haben und auf den Proleten herunterkommen. Die „Hamburger Nachrichten“ finden zweifellos Grund zum Stolz: Erstens war der Tote ein Kommunist und zweitens noch unpolnisch. Folie dazu: Da müssen die „germanischen Edelmännern“ einfach eingestiegen. fünf dieser „germanischen“ tragen folgende Namen:

Golombet (gestrichelt),

Rafin Wolstein,

Dipolisch Sobamit,

Wojak,

Komol.

Angesichts dieser Namen bleibt nur noch die heuchlerische Barbare niedriger zu hängen, mit der die Nazi-Stelle Viechachs grausame Ermordung als die „Beilegung eines Kolonialen“ begründet.

In dieser mühen Fests, mit der der ermordete Genosse Viechach den Kampf um die Freiheit führt, muß jedoch noch festgestellt werden,

## Nazi-Arbeiter gegen Nazi-Regierung

### Der Streik der Notlandsarbeiter in Oldenburg

Wie wir bereits mitteilten, haben in Oldenburg 600 an der unteren Grenze beschäftigte Notlandsarbeiter seit dem 20. August im Streik gegen die Hungerlöhne, die ihnen bezahlt werden. Die Arbeiter an der Spitze wurden von der Nazi-Regierung als Notlandsarbeiter durchgeführt. An Stelle des arbeitslosen Mindestlohnes von 60 Pfennig erhielten die Hunger-Arbeiter nur 24 Pfennig pro Stunde. Die schlechtesten die ständige Arbeitslosigkeit eingehalten wurde, erholten sich Notlandsarbeiter weniger Lohn als vorher. Die Notlandsarbeiter sind in der Lage, die Arbeitsverhältnisse der Notlandsarbeiter zu verbessern und die Ausbeutung der Notlandsarbeiter zu beenden. Die Nazi-Regierung jedoch ihre Forderungen immer ablehnt.

Traten die Arbeiter am 20. August in den Streik für die Beilegung von Tariflöhnen, für unentgeltliche Verletzung von Erteilen, Verbot jeglicher Heberhaken, Nichtanerkennung des Plünderungsregimes und für die Zahlung von Entschädigung für die Arbeitslosigkeit, die die Arbeiter nicht mehr ertragen können.

Die Nazi-Arbeiter verließen geschlossen gemeinsam mit den übrigen Arbeitern die Werkstätten und erklärten, daß

### Geheimverhandlungen Schleicher — Leibart bestätigt

Berlin, 20. August. (Eig. Traubbericht.)  
Im Vormittag erhielt heute früh eine Erklärung des NSD-Verbandes zu den Enthüllungen der kommunistischen Presse. Der NSD-Verband kann nicht absehen, daß Leibart mit dem Reichswehrminister von Schleicher verhandelt hat. Es wird nun abgewartet, daß die Unterzeichnung eines kommenden Kabinetts Schleicher-Ströger-Eigenwald bereits „bedeutsame Schritte“ ist. Daraus, daß der NSD-Verband jeden Kampf gegen Leibart und Unterzeichnungsbau zu verhindern sucht, unterliegt er aber bereits dem Papenabstimm, und der Versuch, die Verhandlungen Schleicher-Geheim zu halten, behält nur, daß die Enthüllungen der kommunistischen Presse den Tatsachen entsprechen.

Die Dresdener Volkzeitung aber teilte am Mittwoch mit den Worten des Vormittags, daß die Geheimverhandlungen kommunistischer Schwindler seien. Was sagt sie heute?

Die Nazi-Regierung, die unter dem Druck der Betroffenen bereits die Zahlung der Differenz zwischen Löhnen und Mindestlohn unterzeichnet haben mußte, enthält jetzt offen die wachsende Geld. Sie fordert in einer in der Presse veröffentlichten Bekanntmachung die sofortige Aufnahme der Arbeit und bedroht diejenigen, die etwaige Streikbrecher von ihrem arbeitsfähigen Treiben abhalten wollen, mit schweren Gefängnisstrafen. Unter Bezugnahme auf ein Gesetz vom Jahre 1928 verweist sie das Betreten der Hunger-Tische. Die Nazi-Regierung scheut sich nicht zu behaupten, daß die um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter „durch gemeinliche Deher“ zum Streik bestimmt worden seien.

Der „Freiheitskampf“, das Organ des Herrn Röber, fordert die Verhaftung der kommunistischen Bundtagsabgeordneten Leibart und Zimmermann und des Genossen Plate und glaubt offenbar damit den Streik abwürgen zu können.

Der Streik der Hunger-Arbeiter zeigt, daß sich die Werktätigen in immer weiterer Front gegen dieses System zusammenschließen. Auch die Nazi-Arbeiter erkennen, was ihnen im „deutschen Reich“ blüht und reiben sich ein in die antifaschistische Kampffront. Entlarvt überall die Nazi-Regierung!

### Betriebschuhkaffel Kranke & Baumann AG, Heidenau

In einer Betriebsversammlung der Schuhkaffel Kranke & Baumann AG am 22. August, die zu den Plänen der „Waldenung“ der Tarifverträge Stellung nahm, wurde eine antifaschistische Betriebschuhkaffel gegründet, der sich sofort 40 Arbeiter aller Richtungen anschlossen. Darunter befinden sich auch viele Arbeiterinnen. Die Betriebsversammlung beschloß einstimmig ihren Willen, gegen jeden Versuch, den Lohn erneut abzuhängen oder die tariflichen Bestimmungen zu verstoßen, mit der Aufnahme des Kampfes zu antworten.

Der am 23. August stattfindende Internationale Antifaschistenkongreß findet in der Öffentlichkeit das größte Interesse. Eine Sammlung zur Finanzierung der Delegierten wird im Werk durchgeführt.

NE  
So  
Aussage  
Pietzsch

„Darauf  
fügen u  
habe emen  
ich habe ge  
schlagen n  
ich sch me  
stelle. Ich  
Häuser nach  
Angehänge  
eine Sch  
geachtet h  
Manten rück  
wegfahren.  
Lungen a  
und zwar vor

„Mein  
unbegr  
Frage u  
Pflicht.

stufschneide  
Humb

Die sozi  
Händel von  
ADGB, als  
und zur Tä  
entlarven die  
wider wir de  
stellen:

1. Glau  
Schleicher,  
Kapital, de  
Die Kritik  
werden, als  
des Kapitalis  
in eine sozial  
militärischen, a  
charakter, das  
Anträge geze  
„Lernen“. Die  
He wird nicht  
sozialist  
Eieg über  
beitern e

2. W  
was ja tu  
It stelle  
felt jedem  
Die Rechtsb  
aus lauter  
gelammeng  
„sozialist  
„Lernen“.  
Lernen die  
Lernen die  
Lernen die

3. W  
was ja tu  
It stelle  
felt jedem  
Die Rechtsb  
aus lauter  
gelammeng  
„sozialist  
„Lernen“.  
Lernen die  
Lernen die  
Lernen die

Copyri  
22. Post

Die Ta  
Hörers Ge  
begreifen, d  
Arbeiter sch  
dabei.  
Das ma  
gut Palena  
Lichter ihre  
Angen.  
Witte  
Rinos.  
„Nicht  
einem was  
Der T  
Nacht ging  
Blau Gef  
Genoffe, d  
sow am  
nliche Sch  
Gegen  
in den